



Winrich Dodenhöft
Zur alten Schule 3
32369 Rahden

Rahden, 02.03.2024

An den Bürgermeister
Herrn Dr. Bert Honsel
Stadt Rahden

Sehr geehrter Herr Dr. Honsel,

für die Ratssitzung am 14.03. stellen wir folgenden Antrag: Der Rat beschließt als Resolution die sogenannte Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages, die wir als Anhang diesem Antrag beifügen.

Begründung: Durch einen Ratsbeschluss der Stadt Rahden machen wir als Vertreter der demokratischen Parteien deutlich, dass wir für Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen und dies mit den zehntausenden Menschen, die in den letzten Wochen dafür auf die Straßen und Plätzen gegangen sind, teilen.

Fraktionssprecher
Winrich Dodenhöft

18.01.2024

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.